

Der Ton wird jetzt rauer

Eindringlich, so schildert es Robert Laack, sei er im letzten Monat in einem Mahnschreiben von e.on gebeten worden, die von ihm seit 2005 nicht gezahlten Preiserhöhungen bei Erdgas und Strom mit insgesamt 945 Euro zu begleichen. Der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Energiepreise-runter-Schaumburg“ hat auch diesen Brief ungerührt zu den Akten gelegt.

Obernkirchen. Er hat lediglich mit einem Schreiben, dessen Inhalt mit den Rechtsanwälten des Bundes der Energieverbraucher in Bonn abgestimmt wurde, geantwortet: Natürlich wird er nicht zahlen. Dieses Formschreiben wurde allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Der Ton ist spürbar rauer geworden zwischen den Energierebellen und den Stromversorgern. Und der lokale Widerstand bröckelt etwas, gab Laack bei der jüngsten Versammlung der Mitglieder zu. Als Ursache nannte er besagte Mahnschreiben mit massiven Drohungen. „Die Energiekonzerne fischen hiermit noch einmal ab, bevor die Verjährungsfrist wirksam wird“, beschrieb der Obernkirchener Maßnahmen und Stimmung. Viele ältere und wirtschaftlich schwache Verweigerer hätten schlicht nicht mehr die Kraft – und würden nachgeben. Mit Blick auf die eingegangenen Mahnschreiben von e.on und anderen Energieversorgungsunternehmen rät der Bund der Energieverbraucher seinen Mitgliedern, sich auf juristische Debatten nicht einlassen; es reiche ein kurzes Schreiben, dass man an der bisherigen Auffassung festhalte. Auch bei künftigen Preissenkungen sollte das bisherige Vorgehen praktiziert werden, da diese Preissenkungen in keinem Verhältnis zu den vorhergegangenen Erhöhungen stünden. „Wir suchen und wollen unser Recht“: Laack gab sich durchaus kämpferisch. Nach Aussage der Bundesnetzagentur, betont Laack, ist immer noch kein ausreichender Wettbewerb auf dem Energiemarkt zu beobachten: „Die großen Anbieter wie e.on versuchen mit Tricks und Marktpräsenz die Preise hochzuhalten.“ Aber es gibt Gegenwehr. In Bad Oeynhausen, Minden und Herford gebe es mittlerweile – wie bundesweit flächendeckend – ebenfalls Bürgerinitiativen. Allein in Paderborn habe man über 4000 Mitglieder. Laack sprach in der Versammlung von „einer Welle rechtlichen Unsinn“, mit der die Konzerne den Verbraucher einschüchtern wollten. Dazu gebe es aber keinen realen Grund. Rechtlichen Ausführungen der Energieversorger, so Laack, sollte man keinen Glauben schenken. Was in den Schreiben der Versorger und ihrer Anwälte stehe, sei mehr als fragwürdig – und falsch. Der diesjährigen Mitgliederversammlung war eine dreitägige Informationsveranstaltung des Bund der Energieverbraucher im November in Bonn vorausgegangen. An dieser Tagung nahmen Vertreter der Verbraucherzentralen, sieben Rechtsanwälte und viele Sprecher – wie auch Laack – von Bürgerinitiativen, die bundesweit flächendeckend existieren, teil. In der Versammlung berichtete Laack auch über die wichtigsten Ergebnisse dieser Tagung. Aktueller Hintergrund der vorweihnachtlichen Versammlung: Bei den Stadtwerken Schaumburg-Lippe steigt der Strompreis ab Januar um 2,6 Cent pro Kilowattstunde. Auf jeden Fall sollte man seiner Stromkostenabrechnung widersprechen, wenn eine Preiserhöhung vorgenommen werde, erklärt Oliver Keller, der auf der Versammlung als ein die Bürgerinitiative beratender Rechtsanwalt vorgestellt wurde: „Damit kann man nichts falsch machen.“ Entweder man zahle die erhöhten Preise unter Vorbehalt oder reduziere auf die Kosten, die man bisher zahle, so Keller. Man sollte sich keine Sorgen machen, denn wenn der Versorger die Preise durchsetzen will, müsste zunächst dessen Kostenkalkulation offengelegt werden. Keller: „Das ist und bleibt die Rechtslage.“ rnk